

A1

# Antrag

**Initiator\*innen:** Christopher Stark

**Titel:** **Das Gespräch mit den Organisatorinnen der Friedenskonferenz suchen**

---

## Antragstext

- 1 1. Die Stadtversammlung fordert die grüne Stadtfraktionsfraktion auf, das
- 2 Gespräch mit den Organisator/innen der Münchner Friedenskonferenz zu
- 3 suchen, um Wege für eine Weiterführung der finanziellen Förderung durch
- 4 die Stadt München zu finden.

## Begründung

Der unten beschriebene Antrag der Stadträt\*innen wurde erst nach der Antragsfrist für die Stadtversammlung bekannt. Er hat in der Presse einige Aufmerksamkeit gefunden und es bedarf einer Stellungnahme durch die Parteibasis.

Stadträt\*innen der Grünen Fraktion/ Rosa Liste und SPD/ Volt Grüne und SPD haben nach der Antragsfrist für die Stadtversammlung am 1.2.2024 zur Überraschung aller Betroffenen den Antrag gestellt, die auch für dieses Jahr schon mündlich zugesagte Förderung der Internationalen Münchner Friedenskonferenz durch das Kulturreferat zurückzuziehen. Zur Begründung hieß es, der kommunale Bezug sei nicht vorhanden. Den hat es allerdings bisher seit Jahrzehnten gegeben, denn z.B. am 12.8.2015 gab es einen Antrag der Grünen im Stadtrat (im ru-2015-12.pdf):

(Zitat),„...Es würde der LH München daher gut anstehen, parallel zur Sicherheitskonferenz eine Frauenfriedenskonferenz zu veranstalten und somit einer aktiven Friedenspolitik eine stärkere Stimme zu geben... ...Zivilgesellschaftliche AkteurInnen tragen jedes Jahr als Alternativveranstaltung zur Sicherheitskonferenz die Münchner Friedenskonferenz aus – mit vielen guten Strategien und ReferentInnen, allerdings ohne den spezifisch feministischen Ansatz. Diese MacherInnen sollen bei den Planungen und Überlegungen zur Frauenfriedenskonferenz unbedingt mit einbezogen werden.

Im Grundsatzprogramm der Grünen von 2020 ist Frieden als ein die Grünen einender Grundwert

beschrieben:

„(51)Gewaltfreiheit ist mehr als die Nichtanwendung physischer Gewalt, Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg. Der Einsatz für eine Kultur der Gewaltfreiheit umfasst als wichtige Querschnittsaufgabe weit mehr als den Bereich der Außenpolitik. Kooperation, Dialog, demokratischer Ausgleich von Interessen, Abrüstung und die Stärke des Rechts, genauso Multilateralismus, internationale Partnerschaft und europäische Einigung sind der Weg, um globale Herausforderungen, vor denen die Menschheit als Ganzes steht, zu bewältigen. Ziel bleibt, durch eine Politik für Gewaltfreiheit mittel und langfristig die politische Institution des Krieges zu überwinden.“

Zudem ist die Friedenskonferenz in München doch zweifellos eine Veranstaltung mit kommunalem Bezug; die Suche nach Wegen zum Frieden betrifft eine jede Münchnerin und jeden Münchner, wenn auch nicht auf die gleiche restriktive Art wie sie die Münchner Sicherheitskonferenz, wie selbstverständlich, von unserer Stadt einfordert und auch bekommt.

Wir, die Unterzeichner\*innen, sehen in der Friedenskonferenz eine große und einzigartige, auch über die Grenzen der Stadt hinausreichende positive Wirkung. Hier finden sich teils auch sehr unterschiedliche und kontroverse Ansätze auf der Suche nach Lösungswegen hin zu einer friedvollen Koexistenz auf diesem Planeten.

Wir bitten die Antragszeichner\*innen aus der grünen Stadtratsfraktion, sich auf ein Gespräch mit den Organisator\*innen der Konferenz einzulassen, da wir davon ausgehen, dass sich dadurch der Großteil aller wohl im Hintergrund des Antrags aufgeworfenen Vorwürfe als unzutreffend herausstellen werden.

Wir wünschen uns eine Grüne Diskussionskultur, die offen bleibt für die unterschiedlichen Aspekte der Dinge, von ganz unterschiedlichen Personen vorgetragen, aber immer von dem Wunsch getragen, Frieden möglich zu machen.

Antragsteller:

Christopher Stark, OV Pasing und Thomas Mohr, OV Hadern

## **Unterstützer\*innen**

Martin Ottensmann

# Antrag

**Initiator\*innen:** AK Digitales und Gesellschaft (dort beschlossen am: 22.01.2024)

**Titel:** **Mehr Unterstützungsangebote für kommunale Politiker:innen - Gegen Hass und Hetze**

---

## Antragstext

1 Die Stadtversammlung fordert die Stadtratsfraktion 'Die Grünen – Rosa Liste'  
2 auf, sich im Stadtrat einzubringen, um zielgruppenspezifischere Angebote für den  
3 Schutz der kommunalen Politiker:innen gegen Hass und Hetze zu etablieren.  
4 Zielsetzung der zielgruppenspezifischen

5 Unterstützungsangebote soll sein:

6 a. Gewährleistung einer effektiven und zeitnahen Reaktion auf Notfälle wie z.B.  
7 Hass-Angriffe auf Social Media.

8 b. Sicherstellung, dass die Kommunalpolitiker:innen schnell und angemessen auf  
9 derartige Krisen reagieren können.

10 c. Vernetzung mit kommunalen und externen Expert:innen, die in der Lage sind,  
11 schnell und effektiv auf diese Angriffe zu reagieren.

12 d. Hilfestellungen, um die Art und Tragweite des Angriffs, ggf. strafrechtlich  
13 relevante Inhalte und mögliche Gefährdungspotenziale zu erkennen und in der dem  
14 Angriff angemessenen Zeit den Kontakt zwischen den angegriffenen Kandidat:innen  
15 und den richtigen Expert:innen herzustellen.

16 e. Vernetzung mit Sicherheitsdiensten, Rechtsberater:innen.

17 f. Koordination mit lokalen Behörden und Notfallorganisationen.

18 Sichtbare und insbesondere online schnell auffindbare Informationen und  
19 Unterstützungsangebote werden durch begleitende Maßnahmen flankiert, etwa  
20 Trainings für Kommunalpolitiker:innen, wie sie rechten und/oder verleumderischen  
21 Inhalten auf Social Media sicher entgegentreten und ihre Kommunikationskanäle  
22 vor Angriffen schützen. Weitere Schulungsinhalte betreffen Krisenmanagement und  
23 -kommunikation sowie Sensibilisierung für mögliche Gefahren und  
24 Herausforderungen in der Kommunalpolitik.

25 Zudem fordern wir, vorbeugende Maßnahmen und Tipps auszuarbeiten und den  
26 Kommunalpolitiker:innen zur Verfügung zu stellen.

## **Begründung**

Die aktuelle gesellschaftliche Lage zeigt deutlich auf, dass unsere Demokratie und alle, die für sie eintreten, immer mehr unter Druck geraten. Rechte Netzwerke werden auch in Zukunft massiv gegen einen demokratischen Wahlkampf und unsere Kandidat:innen online und vor Ort vorgehen. Auch andere Parteien werden zunehmend häufiger bedroht. Darauf müssen wir uns vorbereiten und unsere sowie alle demokratischen Kandidat:innen unterstützen. Daher fordern wir zielgruppenspezifischere Angebote für den Schutz der kommunalen Politiker:innen gegen Hass und Hetze. Denn nur, wenn wir unsere Vielfalt in unserer und anderer demokratischen Parteien schon vor dem ersten Mandat schützen, sind wir in der Lage, unsere Demokratie zu verteidigen. Es muss für die Menschen, die für unsere Demokratie antreten, selbstverständlich sein, dass sie die Möglichkeit haben, sich, ihre Wohnung und ihre Familienangehörigen vor Angriffen zu schützen.

Unterstützung von politisch Aktiven bei einer effektiven Krisenbewältigung stärkt das Vertrauen der Wähler:innen in die Demokratie und auch unsere Grünen Kandidat:innen während des Wahlkampfes.

# Antrag

**Initiator\*innen:** AK Migration und Flucht (dort beschlossen am: 25.01.2024)

**Titel:** Keine weitere Stigmatisierung von Geflüchteten in München

## Antragstext

1 Liebe Mitglieder der Stadtratsfraktion Die Grünen – Rosa Liste,

2  
3 wir stellen den Antrag zur Ablehnung der von der Bayerischen Landesregierung für  
4 ANKERzentren und Anschlußunterkünften beschlossenen Bezahlkarte für dezentrale  
5 Unterkünfte in München. Gleichzeitig möchten wir die Schaffung einer  
6 alternativen Zahlungsmethode für dezentrale Unterkünfte anregen, die die  
7 Verwendung von Bargeld ermöglicht. Diese Maßnahme ist von entscheidender  
8 Bedeutung, um die Würde und die soziale Integration schutzsuchender Personen zu  
9 wahren sowie potenzielle negative Auswirkungen, wie Stigmatisierung und die  
10 Förderung von kriminellen Handlungen, zu vermeiden.

11  
12 Wir fordern, dass die Stadtratsfraktion Die Grünen – Rosa Liste die Einführung  
13 der geplanten Bezahlkarte der Bayerischen Landesregierung für dezentrale  
14 Unterkünfte in München ablehnt. Stattdessen soll eine alternative  
15 Zahlungsmethode eingeführt werden, die die Verwendung von Bargeld ermöglicht, um  
16 die genannten Probleme zu vermeiden.

17  
18 Wir schlagen vor, dass die Stadt München in Zusammenarbeit mit relevanten  
19 Organisationen und Experten eine Lösung entwickelt, die sicherstellt, dass  
20 schutzsuchende Personen ihre täglichen Bedürfnisse auf respektvolle und  
21 integrative Weise decken können, ohne stigmatisiert zu werden oder in illegale  
22 Aktivitäten gedrängt zu werden. Als Beispiel könnte die SocialCard aus Hannover  
23 dienen. Warum ist es so wichtig für Asylsuchende? Es geht hier um Menschen in  
24 Notsituationen, denen wir Teilhabe ermöglichen müssen, gleichzeitig wollen wir  
25 den Verwaltungsaufwand bei den Sozialleistungen reduzieren. Die SocialCard  
26 basiert auf einer herkömmlichen Visa Debitkarte, ist sofort einsetzbar und wird

27 auf Guthabenbasis geführt, sodass nur die Stadt das Guthaben buchen kann.  
28 Beispiel: Die Stadt Hannover, eine der ersten Kommunen in Deutschland hat die  
29 SocialCard für Asylsuchende eingeführt zusammen mit dem Unternehmen Publk GmbH.  
30 Wir wollen, dass auch München die SocialCard einführt, nur so können wir  
31 Menschen in Notsituationen helfen und gleichzeitig wollen wir eine moderne und  
32 innovative Kommune werden.

33

34 Wir hoffen auf eure Unterstützung bei diesem wichtigen Anliegen und stehen zur  
35 Verfügung, um weitere Informationen bereitzustellen oder an einer konstruktiven  
36 Diskussion teilzunehmen.

37 Die Stadtversammlung lehnt den bayerischen Sonderweg einer Bezahlkarte für  
38 Geflüchtete, die auf Abschreckung ausgerichtet ist ab.

39

40 Die Bayerische Staatsregierung macht mit ihrer schnellen Ausschreibung einen  
41 bundesweiten Alleingang, ohne Expert\*innen, Sozialverbände und Kommunen mit  
42 einzubeziehen.

43

44 Die Fraktion Die Grünen- Rosa Liste im Stadtrat wird aufgefordert, sich für  
45 folgende Punkte im bayerischen Städtetag einzusetzen:

46

47 - Die Entwicklung einer alternativen Zahlungsmethode, welche die Abhebung von  
48 Bargeld in frei wählbarer Höhe ermöglicht, wird bayernweit eingefordert. Dabei  
49 sollen kommunale Vergleiche mit „best practice“ Beispielen wie der social Card  
50 in Hannover herangezogen werden.

51 Diese lässt sich nicht von "normalen Bankkarten" unterscheiden und wirkt so  
52 nicht spaltend/ ausgrenzend.

53

54 - Überweisungen und Online Einkäufe müssen auch Geflüchteten ermöglicht werden.

55

56 - Die Staatsregierung wird aufgefordert, mit den Kommunalverwaltungen und  
57 Sozialverbänden gemeinsam an einer guten, bürokratiearmen Lösung für den  
58 Verwaltungsvollzug zur Ausgabe der Bezahlkarten zu arbeiten.

59

60 - Die Fraktion lässt prüfen, inwiefern eine Einführung der Bezahlkarte in  
61 München/ von den Kommunen abgelehnt werden kann.

## **Begründung**

Begründung für die Ablehnung:

1. Stigmatisierung: Die Einführung einer Bezahlkarte könnte zu einem Stigma für die Personen in städtischen Unterkünften führen. Die öffentliche Kenntnis darüber, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen diese Karte

verwenden müssen, könnte zu Ausgrenzung und Diskriminierung führen. Dies könnte das soziale Gefüge in der Gemeinschaft beeinträchtigen und den Integrationsprozess der Schutzsuchenden erschweren.

2. Kriminalitätsförderung: Die Beschränkung auf eine elektronische Bezahlkarte könnte dazu führen, dass Menschen gezwungen sind, Bargeld auf dem Schwarzmarkt zu beschaffen, um bestimmte Waren und Dienstleistungen zu erwerben. Dies könnte zu illegalen Aktivitäten führen und die Betroffenen in kriminelle Kreise drängen.

3. Entwürdigung der Schutzsuchenden Personen: Die ausschließliche Verwendung einer Bezahlkarte könnte als entwürdigend empfunden werden, da sie den Betroffenen ihre finanzielle Autonomie nimmt und sie auf eine bestimmte Form der Zahlung beschränkt. Dies könnte das Selbstwertgefühl und die Selbstbestimmung der schutzsuchenden Personen beeinträchtigen.

# Antrag

**Initiator\*innen:** Vorstand der GRÜNEN JUGEND München (dort beschlossen am: 27.01.2024)

**Titel:** “Innenstadt für alle!” zum Parteitagsschwerpunkt machen

## Antragstext

1 “Innenstadt für alle!” und damit die Frage nach der Umverteilung des  
2 öffentlichen Raums, sowie der autoarmen Innenstadt, soll zum Schwerpunktthema  
3 des nächst-möglichen geeigneten Parteitags von B’90/ Die GRÜNEN München (sollte  
4 SA1 angenommen werden eines Debattenparteitags, sonst eines regulären  
5 Stadtparteitags), i.e. im Juli 2024, gemacht werden, um eine breite Debatte –  
6 über eine Rede und eine Gegenrede hinaus – zu ermöglichen, mit dem Ziel  
7 möglichst breit getragene, konsequente Beschlüsse zu fassen.

## Begründung

Straßenverkehr verursacht mehr als 34% der Münchner CO2-Emissionen. Lärmbelastung, Luftverschmutzung, Staus, vollgeparkte Straßen, Unfälle – all das kann durch weniger Autos reduziert werden. Auch die Zahl der Verkehrstoten kann reduziert werden im Sinne der Vision Zero. Wir sprechen uns für eine Umverteilung des öffentlichen Raums aus und kritisieren den aktuellen Status Quo des autozentrierten Münchner Verkehrs. Im Zentrum der Stadtgestaltung müssen Menschen und ihre Bedürfnisse stehen. Nicht alle Menschen können Autos nutzen, stattdessen brauchen wir offene Mobilitätsmöglichkeiten. Dazu gehören breitere Fußwege, die ohne Hürden mit Kinderwagen, Rollator oder Rollstuhl genutzt werden können. Und Sitzmöglichkeiten, um Pausen einzulegen. Davon profitieren nicht nur alte, mobilitätseingeschränkte und schwangere Menschen oder Kinder, sondern alle, die sich ohne Konsumzwang in der Innenstadt aufhalten wollen. Zusätzlich brauchen wir einen schnellen Ausbau von Radverkehr und ÖPNV.

Mit der Umverteilung des Raums können wir außerdem Synergien in der Klimaanpassung nutzen. Grünflächen statt Asphalt kann der Aufheizung des Bodens entgegenwirken und Bäume können dies



unterstützen und Schatten kühlende Schatten spenden. Des Weiteren hilft eine Reduzierung der versiegelten Fläche, die in Zukunft zu erwartenden Starkregen Ereignisse, besser abzufedern - Stichwort Schwammstädte.

Unser Ziel ist es, den motorisierten Individualverkehr in München drastisch zu reduzieren. Deswegen gibt es in unserer autofreien Innenstadt auch keine Ausnahmen für Anwohner\*innen Autoverkehr, sowie die Nutzung von E-Autos und das Angebot von Carsharing. Nur so kann München seine Klimaziele einhalten, sowie gerechter, inklusiver und lebenswerter gestaltet werden.